



Ausbildungssituation für junge Menschen jetzt absichern

Nachricht von Birke Bull-Bischoff, 31. Oktober 2020

Der Druck auf den ohnehin seit Jahren angespannten Ausbildungsmarkt steigt weiter. Die Corona-Pandemie bedroht auch die Ausbildung: Hunderttausende Betriebe haben Kurzarbeit angemeldet, viele werden in die Insolvenz gehen. Die Leidtragenden sind hierbei auch die Auszubildenden.

„Die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes sind alarmierend. Kritische Befunde gibt es schon seit Jahren, die Pandemie verstärkt die katastrophale Lage der Auszubildenden jedoch noch“, sagt Birke Bull-Bischoff, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Immer mehr Betriebe und besonders kleine und mittlere Unternehmen ziehen sich aus der Berufsausbildung zurück. Im Vergleich zum vergangenen Jahr ist die Zahl der Ausbildungsverträge weiter um 7,6 Prozent gefallen. Die Anzahl der außerbetrieblichen Ausbildung ist um fast 5 Prozent zurückgegangen. Das betrifft besonders stark Hauptschulabsolventinnen

und -absolventen.

Zum Stichtag 30. September 2020 waren 21 Prozent der Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber unversorgt - ein erneuter Anstieg von rund 20 Prozent. Fast 30.000 Menschen, die dieses Jahr ohne Chance auf einen Berufsabschluss bleiben.

Auch der Anstieg der schulischen Ausbildungsplätze im Bereich der Frauendomänen Gesundheit, Pflege, Erziehung und Soziales ist angesichts des massiven Fachkräftemangels nicht ausreichend. Kein Wunder bei den schlechten Ausbildungsbedingungen: Keine Ausbildungsvergütung und damit keine Rentenanwartschaft, stattdessen Schulgeld, aber keine ausbildungsbegleitenden Unterstützungsinstrumente.

Ein Recht auf Ausbildung

Birke Bull-Bischoff sagt: „Wir brauchen ein Recht auf Ausbildung beziehungsweise eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen und eine solidarische Umlagefinanzierung, die alle Betriebe und Unternehmen, ob sie ausbilden oder nicht, an den Kosten fair beteiligt. Wie das langjährige Beispiel der Baubranche (SoKa Bau) zeigt, stützt eine Umlagefinanzierung insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei den Ausbildungskosten.“

Wir brauchen auch eine bundesgesetzliche Regelung der schulischen Ausbildungen im Bereich Gesundheit, Pflege, Erziehung und Soziales, um durch verbindliche Ausbildungsverträge eine armutsfeste Ausbildungsvergütung sowie weitere Schutz- und Mitbestimmungsrechte sicherzustellen.

Außerdem fordern wir den Zugang aller Ausbildungsbetriebe und -einrichtungen zur assistierten Ausbildung, damit Jugendliche und Auszubildende gefördert und unterstützt werden.“

Bundeseinheitliche Ausbildungsgesetze

Auf Grundlage der Forderungen von Ver.di und GEW legt DIE LINKE zwei Anträge für bundeseinheitliche Ausbildungsgesetze vor, die Ausbildungsberufsbild, Ausbildungsstrukturen, Qualitätsstandards, Weiterbildungs- und Karrierewege, Aufgaben des Berufsbildungspersonals und Ausbildungsfinanzierung konkret beschreiben:

Schulische Berufsausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin und zum staatlich anerkannten Erzieher reformieren (Drs.19/22120) und Schulische Berufsausbildung in den Gesundheitsfachberufen reformieren (Drs.1922121)